

Statement einer Betroffenen deren Stelle gestrichen wurde:

(Auf JournalistInnenanfrage ist die Betroffene gerne bereit für ein Interview, Kontakt via Heidemarie Egger, Österreichischer Behindertenrat)

„Ich bin am 20.02. telefonisch informiert worden, dass das Erwachsenenschutzgesetz verschoben wird. Als Konsequenz daraus wurde mir mitgeteilt, dass ich nicht wie geplant beim Sachwalterverein VertretungsNetz angestellt werde. Das betrifft neben mir auch 50 weitere Arbeitsstellen, die abgesagt wurden. Ich habe Soziale Arbeit studiert und mein Studium heuer abgeschlossen. In den Lehrveranstaltungen war die geplante Gesetzesänderung Thema, welche hinsichtlich der Selbstbestimmung von betroffenen Menschen eine enorme Verbesserung verspricht. Diese vermehrte Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen ist auch ein geforderter Punkt in der UN-Behindertenrechtskonvention, die von Österreich unterzeichnet wurde. Deshalb erachte ich es als äußerst rückschrittlich, wenn man das Erwachsenenschutzgesetz aufgrund fehlender Finanzierung verschiebt. Hier wird Politik auf dem Rücken von Menschen mit Behinderung und jenen, die sie unterstützen, gemacht.“